

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Dr. Kristin Brinker (AfD)**

vom 05. März 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. März 2020)

zum Thema:

Wie hoch wäre der staatliche Einnahmen-Ausfall, wenn das obere „ein Prozent der Reichen erschossen“ würde, wie auf der Strategiekonferenz der Partei Die LINKEN kürzlich - ohne Widerspruch - vom Parteichef gefordert?

und **Antwort** vom 18. März 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. März 2020)

Senatsverwaltung für Finanzen

Frau Abgeordnete Dr. Kristin Brinker (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/22 921
vom 05. März 2020

über Wie hoch wäre der staatliche Einnahmen-Ausfall, wenn das obere „ein Prozent der Reichen erschossen“ würde, wie auf der Strategiekonferenz der Partei Die LINKEN kürzlich - ohne Widerspruch - vom Parteichef gefordert?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Abgeordneten:

Beim Strategietreffen der Partei Die LINKE wurde - vom Parteichef Riexinger unwidersprochen - gefordert „das eine Prozent der Reichen zu erschießen“.

„Energiewende ist auch nötig nach 'ner Revolution. Und auch wenn wir das ein(e) Prozent der Reichen erschossen haben, ist es immer noch so, dass wir heizen wollen, wir wollen uns fortbewegen...naja, ist so, wir müssen mal von dieser Meta-Ebene runterkommen. [...] Linken-Parteivorstand Bernd Riexinger sitzt hinter ihr auf dem Podium und zeigt, bis auf ein Lächeln, keine Reaktion. Er schreitet nicht ein und lässt die Frau weitersprechen. Dann wird der Rednerin das Wort entzogen und Riexinger greift zum Mikrofon. Doch anstatt sich vom Gesagten zu distanzieren, macht er einen Witz: „Wir erschießen sie nicht – sondern setzen sie für nützliche Arbeit ein.“¹

Eine Strategie ist laut Duden ein „genauer Plan des eigenen Vorgehens, der dazu dient, ein militärisches, politisches, psychologisches, wirtschaftliches o. ä. Ziel zu erreichen“.²

Laut Beschluss des LINKEN-Parteivorstandes sollte die Strategiekonferenz 2020 u.a. folgende Fragen klären:³

„Wie sieht heute eine realistische und an die Wurzel der Probleme gehende linke Politik für Klimagerechtigkeit und anderes Wirtschaften, für Frieden und globale Solidarität aus?“

„Wie setzen wir Veränderungen durch?“

„Was würdet ihr gern ausprobieren?“

¹ Focus, Bernd Riexinger in der Kritik Linke spricht davon, Reiche zu erschießen - Parteichef reagiert mit schlechtem Scherz; https://www.focus.de/politik/deutschland/bernd-riexinger-in-der-kritik-linke-spricht-davon-reiche-zu-erschliessen-partiechef-reagiert-mit-schlechtem-scherz_id_11730868.html

² <https://www.duden.de/rechtschreibung/Strategie>

³ <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteivorstand/2018-2020/beschluesse/detail/news/strategiekonferenz-2020/>

1. Wie viel Steuern und Abgaben zahlen die „ein Prozent Reichsten“ in Deutschland?
2. Wie hoch ist deren Gesamtanteil am Einnahmeaufkommen Deutschlands? (Bitte darstellen gestaffelt nach direkten und indirekten Steuern sowie unter Einbeziehung der Sozialversicherungsbeiträge!)

Zu 1. und 2.: Dem Senat liegen zu dieser Frage – noch dazu für eine bundesweite Betrachtung – keine eigenen Daten vor. Nach einer Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin) aus dem Jahr 2016 beträgt der Anteil für die obersten 1% der Haushaltsbruttoäquivalenzeinkommen an den jeweiligen Gesamtbeträgen:

Haushaltsbruttoeinkommen	Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag (SoliZ)	Indirekte Steuern insges.	Sozialbeiträge	Insgesamt	
				Steuern	Steuern und Sozialbeiträge
9,9%	25,8%	4,4%	1,7%	16,3%	9,5%

Quelle: DIW Wochenbericht 83 (2016), 51/52, S. 1207-1216

3. Wie hoch wäre die Einnahmeeinbuße für Berlin, wenn die „ein Prozent Reichsten“ nicht mehr zahlen würden, weil sie z.B. „erschossen“ oder „nützlicher (Zwangs-)Arbeit“ zugeführt wären?

Zu 3.: Dem Senat liegen hierzu keinerlei Daten vor. Zudem ist bereits die Bezugsgröße „reich“ unspezifisch, denn diese kann sich auf Einkommen oder Vermögen beziehen.

4. Sind solche Forderungen, geschweige denn deren Ausführung, mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar?
5. Wie geht der Bundesverfassungsschutz und der Verfassungsschutz von Berlin damit um?
6. Ist damit zu rechnen, dass der Parteichef der LINKEN und/oder Teile der LINKEN, die solchen Forderungen nicht widersprechen, zukünftig vom Verfassungsschutz beobachtet werden?

Zu 4. bis 6.: Zu Angelegenheiten des Bundes und von Parteien äußert sich der Senat nicht.

Berlin, den 18.03.2020

In Vertretung

Vera Junker
Senatsverwaltung für Finanzen